

len Gefahren bedroht. Ihre Lage ist tragisch. Es ist klar, daß die von der Kirche vertretene Soziallehre die Geister aufgeweckt hat und daß die in Ruanda ausgebrochene Revolution ohne die von der Kirche jahrzehntelang gegebene Erziehung nicht zu erklären wäre. Die politischen Parteien, sowohl die der Besitzer wie die der Habenichtse, stehen fast alle unter Führung von Katholiken. Die Unabhängigkeit wurde auch von der Kirche befürwortet und dankbar begrüßt. Jedoch eine nationale Einheit und Einigkeit auf christlichen Grundsätzen wurde nicht erreicht.

In Ruanda ist der Zustand am heikelsten. Es hat schon angefangen, als unter König Mutara III. die Kirche sich weigerte, das feudale System den legitimen Ansprüchen der Bahutu gegenüber zu unterstützen. Demzufolge wandte der König, der 1946 zum Kommandeur des Gregoriusordens ernannt worden war, sich ab und begann sowohl gegen die Kirche als auch gegen die Belgier zu intrigieren. Die Lage verschlimmerte sich, als 1956 durch Abschaffung des Viehpachtkontraktes Hunderttausende Stück Vieh in den Besitz der Bahutu übergingen. Sein Nachfolger, Kigeri V., ebenfalls katholisch, plante sogar die Abschaffung des Vertrages mit der Kirche bezüglich des Schulunterrichtes; er wollte den Staatsunterricht einführen und einen Arbeitsdienst der Bahutu organisieren, dies alles mit dem Zweck, mittels einer politischen Einheitspartei die Führung fest in die Hand zu bekommen, natürlich zugunsten der feudalen Herren. Dann brach der Aufstand aus; unbeschreibliche Untaten wurden von beiden Seiten begangen. Jedoch schärfte Erzbischof A. Perraudin in seinem Hirtenbrief 1959, der wörtlich von Bischof Bigirimwami übernommen wurde, die christlichen Grundsätze wiederholt ein und konstatierte, „daß in unserem Ruanda die sozialen Unterschiede und Unebenheiten zum großen Teil mit Rassenunterschieden verbunden sind, und zwar in dem Sinne, daß sich sowohl der Reichtum als auch die politische und Rechtsmacht in beträchtlichem Maße in den Händen von Leuten derselben Rasse befinden“.

Das hat sich in blutiger Weise geändert. Jedoch ist der Friede nicht gesichert; denn erstens ist die Frage, ob die Bahutu, ohne jede Erfahrung im Regieren, nicht einmal im Stammesverband, und ohne jeden Kader, den Problemen gewachsen sind; und zweitens ist nicht zu erwarten, daß die stolzen Batutsi sich dem Schicksal unterwerfen. Sie besitzen die Sympathie und bekommen auch Hilfe von Uganda — der Kabaka von Buganda ist ein feudaler Freund Kigeris —, von Tanganjika, das eine große ostafrikanische Föderation anstrebt, von lumumbistischen Elementen im Kongo, und sogar von den Sowjets, die für diese Gelegenheit die Seite der feudalen Aristokratie gewählt haben. Inzwischen scheuen sich einige Leute, darunter Katholiken, nicht, die Kirche für die Unruhen und Mordereien verantwortlich zu machen. Auch in Burundi sind alle politischen Führer, ausgenommen die islamitische UNARU-Partei, katholisch. Die herrschende UPRONA-Partei wurde — wie bereits gesagt — vom Prinzen Rwagasore gegründet. Er genöß großes Ansehen, auch als guter Katholik. Nach seinem Tod übernahm sein Schwager, Premier Muhirwa, die Führung. Dieser erklärte, wie üblich, daß sein Land sich keinem der Blocks anschließen wird. Die Frage, ob man sich weiterhin der EWG angliedern soll, wird dem Parlament vorgelegt. Vorläufig werden fünf Botschaften errichtet, davon je eine in den Vereinigten Staaten und in

der Sowjetunion. Obgleich das Feudalsystem in Burundi viel biegsamer ist als in Ruanda und von der Mehrzahl der Bevölkerung unterstützt wird, ist es nicht wahrscheinlich, daß es seine wahre Natur verleugnen wird. Die katholischen Gewerkschaften haben sich bereits in die Opposition begeben. Vier von ihren Führern wurden kürzlich ermordet. In die Taktik der Regierung paßt keine Pressefreiheit hinein, so daß die katholische Zeitung „Temps nouveaux d’Afrique“, die in Usumbura veröffentlicht wurde, es vorzog zu schweigen, statt die halbe Wahrheit zu sagen, und deshalb ihr Erscheinen einstellte.

Beide Länder haben ihre Schwierigkeiten bisher in eigener Weise gelöst, jedoch bei beiden handelt es sich um den Verwandlungsprozeß einer tiefgewurzelten Tradition in eine der westlichen Modernisierung angemessene Gesellschaft. Die Kirche, deren Gläubige und deren Klerus aus den einander gegenüberstehenden Lagern stammen, steht vor einer psychologisch überaus schwierigen Aufgabe.

Spanische Entwicklungen

Mit einer Aufmerksamkeit, wie sie zwei Jahrzehnte hindurch nicht für nötig erachtet wurde, verfolgte die Weltpresse in den vergangenen Monaten die Ereignisse in Spanien, deren überragende Bedeutung in politischer, sozialer und kirchlicher Hinsicht wohl erst später völlig einsichtig werden wird: die Streikwelle in der Industrie mit wirtschaftlichen Einbußen im Wert von 1,3 Milliarden DM, die Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche, seine Maßnahmen gegen die Opposition und die Umbildung der Regierung.

Um die Darstellung der vielfältigen Geschehnisse nicht durch Analysen und Kommentare zu belasten, seien die grundlegenden Erkenntnisse daraus (und ihre Widerspiegelung in einigen prominenten Pressestimmen) im folgenden bereits vorweggenommen.

Wirtschaftliche Quellen . . .

1. Die Streiks entstanden aus wirtschaftlicher Notlage, nicht durch die Aktivität irgendwelcher politischer Gruppen. Während nach regierungsamtlicher Berechnung für das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie monatlich 4000 Peseten (nominell gleich 270 DM) erforderlich sind, wurde dieser Betrag im September 1960 nur von 4,2% der erfaßten Arbeitnehmer erreicht; 79% verdienen weniger als 2500 Peseten (Banco Central, „Estudio Económico 1961“, S. 183).

„Viele Arbeiter versuchen, in zwei verschiedenen Betrieben mit sechzehn Stunden Arbeit am Tag das Existenzminimum zu sichern. Das sind Aspekte, die an trübstes neunzehntes Jahrhundert erinnern. In dieses Bild paßt auch, daß das industrielle Großbürgertum Spaniens im Grunde noch nicht über sein selbstherrliches neunzehntes Jahrhundert hinausgekommen ist und in seiner Haltung, seinem Mangel an sozialer Einsicht, seiner kaltschnäuzigen Distanz, seinem Protzen nicht nur Klassenkampfindereisen ärgerniserregend dünkt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 5. 62).

„Wenn man bedenkt, daß außerhalb der Einheitsgewerkschaft, die selbstverständlich den Streik ablehnt, keine sichtbare Organisation der Arbeitnehmer besteht, daß diese über keine Führer, keine Geldmittel verfügen, so erscheint die Bewegung als eine mächtige Grundwelle, in

der eine jahrlang zurückgestaute Unzufriedenheit über die Dämme tritt“ (Neue Zürcher Zeitung, 13. 5. 62).

2. Die Lage wird noch verschärft durch die Tatsache, daß die Streiks in jenen Regionen und in jenen Wirtschaftszweigen ausbrachen, in denen traditionell die höchsten Löhne gezahlt werden. Das wirft ein deutliches Licht auf die sozialen Spielregeln: Ein zum Selbstbewußtsein gelangtes Industrieproletariat zieht aus dem Anschauungsmaterial von jährlich 6 Millionen ausländischer Touristen und von 360 000 spanischen Arbeitern im Ausland seine Vergleiche.

... politische Auswirkungen

3. Trotz des rein wirtschaftlichen Ursprungs ist die Streikwelle jedoch auch ein Politikum, weil der Streik in Spanien als politisches Verbrechen gewertet wird und weil er sich in der Tat gegen die staatliche Politik der Knebelung der Wirtschaftsautonomie und der Kapitalbegünstigung richtete. Daß sich auch die politischen Oppositionsgruppen (einschließlich der Kommunisten) der Streiks für ihre Zwecke bemächtigten, war ein sekundärer Vorgang. Entscheidender wurden die übrigen Auswirkungen in der Opposition: die Solidarität von seiten vieler Intellektueller und die Versöhnung bisher verfeindeter Oppositionsgruppen.

Erstaunlich war der völlig friedliche und geordnete Verlauf der Streiks, der der Regierung nahezu keine andere Wahl als Verhandlungen ließ und ihr kaum Gelegenheit zu gewalttätigem Eingreifen gab.

4. Die zunächst sehr zögernde und dann über Gebühr scharfe Reaktion der Regierung wird allgemein als Zeichen der Schwäche des Franco-Regimes gewertet. „Das Regime ist im Abstieg und so sehr geschwächt, daß ein plötzlicher Stoß es umwerfen könnte“ (Corriere della Sera, 15. 5. 62). Der Vizepräsident der spanischen Exilregierung sagte in sicherlich voreiligem Wunschenken: „Franco wird innerhalb fünf bis sechs Monaten fallen.“ Vorsichtiger drückte sich die „New York Times“ (16. 5. 62) aus: „Die Opposition gewinnt an Stärke, der Diktator verliert sie. An einem nahen Tage wird sich die Waage zungunsten Francos neigen.“ Die Begründung dafür gibt „Aggiornamenti Sociali“ (Juli 1962): „Es bleibt sehr die Frage, ob ein autoritäres Regime vom Typ des in Spanien bestehenden die heute erforderlichen Umwandlungen durchführen kann.“

Die inzwischen erfolgte Umbildung der Regierung hat den während der Streiks entstandenen schlechten Eindruck wieder teilweise korrigieren können.

Kirche im Umbruch

5. Die spanische Kirche hat sich in der Mehrheit ihrer Bischöfe und durch den Mund ihres Kardinalprimas zum erstenmal offiziell und öffentlich in einer sozialpolitischen Kampfsituation auf die Seite der Arbeiter und damit in gewisser Weise in einen Gegensatz zur Regierung gestellt. Die Kirche verteidigte nicht nur theoretisch die Berechtigung der Streiks, sondern half auch durch offene oder heimliche Unterstützung der Streikenden (die von niemandem Streikgelder erhalten), um wenigstens die größte Not zu lindern. „Sicher will die spanische Kirche keine Revolution herbeiführen, aber mehr als bisher dringt sie auf Beschleunigung einer als notwendig und möglich erachteten Evolution zu einem Regime mit sozialer Orientierung im Sinne der päpstlichen Enzykliken“ (Badische Zeitung, 19. 5. 62). „Unter allen Änderungen in Spanien, die sich dieses Jahr gezeigt

haben, ist dies vielleicht die dramatischste“ (Neue Zürcher Zeitung, 17. 7. 62). „Schlafende Kirche‘ hat man über mehr als ein Jahrhundert hinweg den mit den politischen Interessen der wirtschaftlich Mächtigen allzusehr verbundenen spanischen Episkopat genannt. Die Kirche, ohne die Spaniens große Geschichte ein Nichts wäre, erweist sich heute als moderner denn Franco, der in seinen Brandreden das ‚glorreiche und ewige Spanien‘ beschwört. Sie jedenfalls schläft nicht mehr“ (Die Welt, 18. 5. 62).

6. Die spanische Kirche steht in einer Zeit größter Beanspruchung und größter Aktivität. Dabei werden auch manche innerkirchlichen Spannungen deutlich, insbesondere zwischen Bischöfen verschiedener Richtungen und zwischen der Katholischen Aktion und rechtsgerichteten Kreisen (einschließlich prominenter Mitglieder des Opus Dei).

Pressepolitik und Antikommunismus

7. Mehr denn je rächt sich die totalitäre Pressepolitik des Regimes, die nicht nur betont francofeindliche Kommentare in der gesamten Welpresse, sondern auch eine Fülle von Falschmeldungen nach sich zog. So mußten etwa mehrere Bischöfe die Agenturmeldungen dementieren, sie hätten ihre Geistlichen aufgefordert, zugunsten des Streiks zu predigen. Andererseits wies die deutsche CAJ mit Recht auf das Ärgernis hin, daß ihre spanischen Arbeitskollegen Radio Moskau oder Prag hören müßten, wenn sie das Neueste aus ihrem Heimatland erfahren wollten.

8. General Franco machte für alle Unruhen und „Verschwörungen“ in gewohnter Weise ausschließlich den Kommunismus verantwortlich. „Damit wird dem Kommunismus ein Einfluß in Spanien und eine Fähigkeit zur Beeinflussung der Massen zugeschrieben, die er gewiß nicht hat, noch nicht hat. Das sicherste Mittel, ihm diesen Einfluß zu verschaffen, sind aber Erklärungen, wie sie General Franco abgegeben hat, als er Radio Prag das Zeugnis ausstellte, daß es 80 000 spanische Arbeiter zum Streik aufwiegeln könne“ (Neue Zürcher Zeitung, 13. 5. 62).

Die jüngste Vorgeschichte

Einzelne Streiks gibt es in Spanien schon seit Jahren. Sie sind also für das soziale Bild nichts völlig Neues, und ebensowenig neu ist die Einschaltung kirchlicher Stellen im Zusammenhang mit solchen sozialpolitischen Auseinandersetzungen.

Der Bischof von Bilbao, Dr. Pablo Gúrpide Beope, erließ im Januar 1962 ein Hirtenwort „Über die Enzyklika Mater et magistra“. Darin heißt es: „Es wird höchste Zeit, durch eine intensive Unterweisung und Erziehung das soziale Gewissen unseres Volkes zu formen, denn wir stehen vor einem widersinnigen Katholizismus, der zwischen einem tiefchristlichen Empfinden in den Individualfragen und einem äußerst liberalen und individualistischen Empfinden in den Sozialfragen hin und her pendelt... Es ist eine Tatsache, daß die Verteilung des Reichtums unter die verschiedenen sozialen Gruppen Ungleichheiten und Mißverhältnisse erzeugt hat, wie sie in nahezu keinem europäischen Land bekannt sind.“ Im Anschluß an den Wortlaut von *Mater et magistra* fordert der Bischof gerechte Mindestlöhne und eine Reform der Einkommensverteilung, der Betriebsstruktur wie der ganzen Wirtschaftsordnung.

Dieser Hirtenbrief erschien zu einem Zeitpunkt, als in einer großen Metallfirma in Bilbao ein Streik begann.

Dieser zeitliche Zufall führte zu manchen Mißdeutungen, so daß kirchliche Kreise in Spanien ausdrücklich darauf hinweisen mußten, das fragliche Hirtenwort sei bereits im Dezember verfaßt und in den ersten Januartagen gedruckt worden. Die von den Streikenden erhobene Forderung eines täglichen Mindestlohnes von 100 Peseten entspreche aber durchaus kirchlicher Auffassung von Lohn-gerechtigkeit.

Die neue Parole dieses Mindestlohnes hat im wesentlichen die Katholische Arbeiterbewegung (HOAC) zum Urheber. Das „Bulletin“ der HOAC veröffentlichte im Februar eine entsprechende Untersuchung und das Modell einer Bittschrift um eine entsprechende Lohnerhöhung. Während das Bulletin noch erscheinen konnte, wurde die Zeitschrift der CAJ, „Juventud Obrera“, die die gleiche Frage behandelte, von den Behörden beschlagnahmt bzw. mußte einmal mit teilweise leeren Druckspalten verbreitet werden. Ende April veröffentlichte das HOAC-Bulletin einen „offenen Brief“ gegen die Ansichten von P. Brugarola SJ, der die spanischen Syndikate prinzipiell verteidigt.

Die spanische Sozialpolitik steht im Zeichen eines Gesetzes aus dem Jahr 1958, das gegenüber der bisherigen Regelung (Festsetzung sämtlicher Löhne durch die Regierung) den einzelnen Betrieben das Recht (nicht die Pflicht) gibt, mit ihren Beschäftigten einen „Kollektivvertrag“ (Convenio Colectivo) abzuschließen. Der Arbeiterschaft ist damit der erste Ansatz eines Verhandlungsrechtes zugestanden, während sie bisher nur Objekt der Sozialpolitik war. Diese Tatsache hatte eine beträchtliche Stärkung ihres Selbstbewußtseins zur Folge, allerdings auch das Auftreten noch größerer Ungerechtigkeiten als seither, weil sich nämlich bis jetzt nur ein kleiner Teil der Betriebe (man schätzt: mit etwa 20% der spanischen Erwerbsbevölkerung) zu solchen Kollektivverträgen und damit verbundenen Lohnerhöhungen bereitfand. Vielfach versuchten die Unternehmer auch, zwar die Nominal-löhne in den Arbeitsverträgen zu erhöhen, aber gleichzeitig die bisher sehr verbreiteten Zuschläge und Sondervergünstigungen zu streichen oder die Arbeitsnormen heraufzusetzen.

Eine weitere viel beachtete (wenn auch von der Presse gezwungenermaßen totgeschwiegene) Stellungnahme bildete der Fastenhirtenbrief des Erzbischofs von Sevilla, José María Kardinal *Bueno Monreal*. Auch er klagte die kapitalistische Ausbeutung der spanischen Arbeiter aufs schärfste an und wies darauf hin, daß dieses System in krassem Widerspruch zur kirchlichen Soziallehre steht. Es sei durch nichts gerechtfertigt, daß sich das Kapital in den Händen weniger Privilegierter häuft, während Millionen von Spaniern nichts als ihre menschenunwürdig bezahlte Arbeitskraft besitzen. Der Hirtenbrief behandelte insbesondere die schlechte Entlohnung, die Arbeitslosigkeit, die Frauen- und Kinderarbeit, die übermäßige Arbeitszeit und die Lage auf dem Gebiet der Wohnungen und der Schulen. Dies alles war sehr konkret auf die Lage in den Agrargebieten Andalusiens zugeschnitten, und der Hirtenbrief erschien genau an dem Tag, als die staatliche Kommission für Landwirtschaftspolitik Anfang März ihre Schlußsitzung abhielt.

Vom 5. bis 10. März 1962 tagte in Madrid der Nationalkongreß der spanischen Syndikate (mit 600 Delegierten, die sämtlich von oben ernannt werden und von denen nur ein Drittel die Arbeiterschaft repräsentiert). Die Beratungen selbst hatten keine große Bedeutung, um so

weniger als der Kongreß kein Beschlußrecht hat, sondern nur Empfehlungen aussprechen kann. Als symptomatisch ist aber der bei diesem Anlaß bekanntgegebene Rücktritt des Generalsekretärs Francisco *Giménez Torres* zu werten. Dieser versuchte schon seit längerem Reformen im Geiste der christlichen Soziallehre (im Anschluß an ein Gutachten des Weihbischofs von Valencia) und wollte auf dem Kongreß ein Projekt der Demokratisierung vortragen, wonach die Schlüsselpositionen in Zukunft von der Arbeiterschaft durch Wahl besetzt werden sollen. Auf Verlangen des Falange- und Syndikatsministers Solís Ruiz mußte dieser Plan zurückgezogen werden, worauf der Generalsekretär sein Amt quittierte.

Der Beginn der Streikwelle

Die neue Streikwelle begann am 17. April 1962 als Bummel-Streik im Kohlenbergwerk „La Nicolasa“ in Asturien, nachdem 2000 Betriebsangehörige mit ihrer Forderung auf Abschluß eines Kollektivvertrags mit einem täglichen Mindestlohn von 160 Peseten bei achtstündiger Arbeitszeit nicht durchgedrungen waren. Die Unternehmensleitung verfügte daraufhin die Entlassung sämtlicher Arbeiter und die Schließung des Bergwerks bis zum 23. April. Sie erreichte damit gerade das Gegenteil des angestrebten Ziels, denn bis zu diesem Termin waren in spontaner Solidarität 16 000 weitere Arbeiter der umliegenden Kohlengruben in den Ausstand getreten. Als die Unternehmen daraufhin die billigen Lebensmittel-läden (economatos) schlossen, ging die Nachricht davon in Windeseile durch die ganze Provinz, so daß innerhalb weniger Tage nahezu die ganze Kohlenproduktion Asturiens lahmgelegt war.

Die Regierung verfügte die Zusammenziehung starker Kräfte der Polizei und Zivilgarde und die Schließung zahlreicher Betriebe. Während die spanische Presse die Vorfälle lange Zeit verheimlichte, gab das Informationsministerium den ausländischen Korrespondenten gegenüber zu, daß sich „weniger als 20 000 Arbeiter“ in einem „völlig apolitischen“ Streik befänden. Mehrere Dutzend Arbeiter wurden verhaftet. Der Zivilgouverneur von Bilbao gab eine Verfügung heraus, daß die Kassenärzte der Sozialversicherung nur Patienten behandeln dürften, die „ungeachtet der Schwere ihres Falles“ eine Bestätigung erbringen, daß sie sich nicht im Streik befinden.

Da die anfänglich versuchten Maßnahmen nicht zum Ziele führten, ordnete die Regierung Ende April eine Erhöhung der Steinkohlenpreise an, um den Unternehmern Lohnerhöhungen zu ermöglichen. Aber auch diese Zusagen führten noch zu keinem Ergebnis; die Streikbewegung griff vielmehr auf das Baskenland und in kleinerem Umfang auf Barcelona, Valencia und Galicien sowie auf Metallindustrie, Werften und chemische Industrie über. Erst vier Wochen nach Beginn der Streikwelle nahmen die ersten 10 000 Bergleute ihre Arbeit wieder auf. Am 5. Mai verhängte die Regierung für drei Monate den Ausnahmezustand über die Provinzen Asturien, Biscaya und Guipúzcoa. Armee-Einheiten übernahmen die Bewachung der Bergwerke und Fabriken sowie Patrouillen in den Orten im Streikgebiet.

Solidaritätskundgebungen

Am 7. Mai veranstalteten etwa 800 Studenten in Madrid einen Schweigemarsch, um ihre Sympathie mit den Streikenden zum Ausdruck zu bringen; 80 Studenten der Staatswissenschaftlichen Fakultät traten für einen Tag in den Hungerstreik. Es wurden rund 40 Studenten ver-

haftet. Sieben Barceloneser Studenten, die eine ähnliche Demonstration durchgeführt hatten, wurden von einem Kriegsgericht zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren verurteilt.

Eine Woche später folgte in Madrid eine Solidaritätskundgebung der Frauen, an der vor allem Schriftstellerinnen und Künstlerinnen teilnahmen, darunter die Nadal-Preisträgerin Dolores Medio, die Frau des spanischen Dramatikers Alfonso Sastre, die Schwiegertochter des ehemaligen spanischen Ministers Rafael Sánchez Mazas und die Frau des ehemaligen Falangedichters Dionisio Ridruejo. Die genannten Frauen wurden später zu einer Geldstrafe von je 25 000 Peseten verurteilt und, da sie diese zu bezahlen sich weigerten, Anfang Juli für 20 Tage ins Gefängnis eingeliefert; Eva Sastre nahm ihren Säugling mit in die Zelle.

Inzwischen wurden auch allerorts zahlreiche Handzettel verteilt, und für den 11. Mai riefen Gegner des Regimes zum Generalstreik im ganzen Land auf, um für einen Mindestlohn von 170 Peseten, für die gewerkschaftliche Freiheit und das Streikrecht zu demonstrieren. Am 9. Mai richteten 24 Persönlichkeiten des kulturellen Lebens (unter ihnen der greise Ramón Menéndez Pidal und die Philosophen Luis Aranguren und Pedro Laín Entralgo) einen Aufruf an die spanischen Intellektuellen, sich in Petitionen an den spanischen Staatschef für die gleichen Forderungen sowie für die Pressefreiheit einzusetzen. Dionisio Ridruejo, einer der Unterzeichner, erklärte in Madrid: „Wir glauben ein Recht darauf zu haben, daß wir wissen, was in unserem Land vorgeht.“

Erst am 15. Mai reiste Gewerkschaftsminister Solís Ruiz zu Verhandlungen nach Asturien (der Arbeitsminister blieb völlig fern). Die Rede, die er über die lokalen Sender an die Arbeiter hielt, wurde nicht veröffentlicht. Man weiß aber, daß sie zu einer Versteifung führte, obwohl die Gewerkschaften selbst eine ausgesprochen nachgiebige Haltung einnahmen. Minister Solís kehrte zu Konsultationen mit General Franco für einen Tag nach Madrid zurück und setzte dann seine Verhandlungen in Asturien fort. Die Streiks breiteten sich vorläufig noch weiter aus. Am 21. Mai richteten sechs Oppositionsgruppen der Linken und der Rechten einen gemeinsamen Aufruf an die Nation, im zivilen Widerstand einig zu sein und die Protestdemonstrationen zu vermehren, um in Solidarität mit den streikenden Arbeitern eine gerechtere Sozialordnung zu verwirklichen.

Für die Art und Weise, wie die Regierung die ernste Lage nach außen hin zu vertuschen versuchte, ist ein Ausschnitt aus dem „Sonderbericht“ der Nachrichtenagentur Cifra ein beredtes Beispiel. Dieser ist vom 21. Mai datiert, als etwa 90 000 Menschen im Ausstand waren und das Maximum der Streikwelle erreicht war. Es hieß hier:

„Es ist merkwürdig, wenn man eingehend die Hoffnung beobachtet, die die Menschen Guipúzcoas in die Arbeit setzen. Mehr als in jedem anderen Landesteil hat man hier eine überaus klare Vorstellung davon, wie die Arbeit den Menschen adelt. Das logische Ergebnis dieser persönlichen Gefühle ist die Dichte der Industrie und die Struktur der Erwerbsbevölkerung sowie der von den Bewohnern erreichte Lebensstandard. In diesen Tagen, da Presse und Radio des Auslands Spanien eine keineswegs freundschaftliche Aufmerksamkeit schenken, ist Guipúzcoa ein klares Beispiel besonnener Haltung und normaler Zustände, wenn es auch einige bekannte Betrüger gibt, die die friedliche Ruhe der Familien aufs Spiel setzen und

eine verschwindend kleine Minderheit von Betrieben dazu gebracht haben, daß sie von den Behörden geschlossen werden mußten.“

Erst Ende Mai nahmen die Arbeiter in Asturien und der Gegend von Bilbao fast vollzählig die Arbeit wieder auf. Der Zahltag am 25. Mai wurde für viele von ihnen zu einer angenehmen Überraschung, da eine Reihe von Firmen und Konzernen ihre Löhne nicht unwesentlich (bis zu 50%) erhöht hatten. Einzelne Streiks flackerten auch weiterhin in verschiedenen Gegenden Spaniens auf. Anfang Juni kam es in Madrid zu mehreren Bombenattentaten.

Streikrecht in kirchlicher Sicht

Die erste offizielle kirchliche Stellungnahme erfolgte mit einem Leitartikel unter dem Titel „Arbeitskonflikte“ in der Nummer vom 12. Mai der „Ecclesia“, des Zentralorgans der Katholischen Aktion Spaniens. Diese Zeitschrift wird bekanntlich als einziges aktuelles Blatt in Spanien nicht vom Staat, sondern ausschließlich vom Kardinalprimas in Toledo zensiert. In dem Leitartikel, der in Spanien in der vorliegenden Situation ausgesprochen sensationell wirkte, heißt es:

„... Zweifellos müssen sozialer Frieden und öffentliche Ordnung ein ständiges Anliegen sein, bei dem Kapital und Arbeit, Individuen, soziale Gruppen und öffentliche Gewalt in Gedanken, Worten und Werken zusammenzuwirken haben... Was ist der gesellschaftliche Zusammenstoß zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Wirtschaft und Autorität anderes als ein Krieg oder mindestens eine Schlacht: manchmal blutig, manchmal unblutig, jedenfalls aber unter Einsatz von Gewalt zugunsten der eigenen Lage? So wie der Krieg das letzte zulässige Mittel ist, wenn das Recht des Gemeinwesens mit Füßen getreten wird, so ist der Streik das letzte Mittel, zu dem die Arbeiterschaft Zuflucht zu nehmen hat, wenn sie ihre Rechte unterdrückt sieht.

Leider hat sich diese letzte Situation seit Beginn der industriellen Epoche im Zeichen des liberalen Kapitalismus ziemlich häufig wiederholt, so daß die gerechtfertigte Anomalie des Streiks die ungerechtfertigte Anomalie des Mißbrauchs und der Ungerechtigkeit überwinden mußte...

Das Naturrecht und die christliche Ethik erlauben den Beginn von Streiks — wenn Verhandlungen auf direktem Wege oder über Gewerkschaften alle Möglichkeiten erschöpft haben, ohne ein gerechtes Ergebnis zu erzielen — als eine zulässige Waffe, wenn sie innerhalb der obligaten Anomalie soweit wie möglich die allgemeinen Interessen der Gesellschaft achtet.

... Nur in ganz besonders gerechtfertigten Fällen darf der Staat für unbestimmte Zeit den Streik für illegal erklären, wenn er dafür größtmögliche Garantien gibt, daß die friedlichen Wege zum Ziele führen. Wo diese Situation gegeben ist, spitzen sich die entsprechenden Pflichten der Sozialpartner ganz beträchtlich zu. Da den Arbeitern die Ausnahmemittel gesetzlich verschlossen sind, sind die Unternehmer noch mehr als sonst verpflichtet, für die soziale Gerechtigkeit in ihren Betrieben zu sorgen... Schließlich und vor allem aber hat der Staat darüber zu wachen, daß die Syndikate ihre Aufgabe erfüllen, nämlich wirklich Vermittler zwischen den Sozialpartnern zu sein; dazu müssen sie zuerst einmal durch ihre Glaubwürdigkeit, ihre Unabhängigkeit und ihren unverfälschten Dienst für die Arbeiterschaft das Vertrauen der von ihnen Vertretenen gewinnen.“

Die Reaktion der Regierung

Die Behörden versuchten zunächst die Exemplare der „Ecclesia“ zu beschlagnahmen, mußten jedoch nach dem energischen Einspruch von Kardinal Pla y Deniel davon Abstand nehmen. Die Regierung bat den Kardinalprimas und den scheidenden Apostolischen Nuntius, Kardinal Antoniutti, für den 14. Mai zu einer Aussprache ins Innenministerium, an der von seiten der Regierung Innenminister Alonso Vega, Außenminister Castiella und Justizminister Iturmendi teilnahmen. Es gelang den Ministern nicht, die beiden Kirchenführer zu einer Distanzierung von dem genannten Leitartikel zu bewegen; im Gegenteil soll Kardinal Pla y Deniel um die Freilassung der bei den Streiks verhafteten Arbeiter ersucht haben. Sechs Tage später hat der Kardinalprimas in einem vier Seiten langen Schreiben an Außenminister Castiella seinen Standpunkt erneut dargelegt; er beschwerte sich darin über die inzwischen erfolgten Angriffe der Falange-Zeitung „Arriba“ gegen die Kirche und schrieb: „In einem Staat, der sich katholisch und sozial nennt und dessen Chef in seinen Ansprachen proklamiert, daß er die Lehre der Kirche befolge, ist es nicht mehr als recht und billig, daß das reformiert wird, was reformiert werden muß, um in Einklang mit den Sozialzyklen zu stehen.“ General Franco empfing den Primas zu einer Unterredung am 25. Mai, und zwar zu einer sehr ungewöhnlichen Zeit: in der Pause einer Ministerratssitzung.

Der amtierende Apostolische Nuntius war inzwischen außer vom Außenminister auch nochmals vom Justizminister empfangen worden; obwohl Antoniutti stets als überzeugter Anhänger Francos galt, bekräftigte er das Streikrecht der Arbeiter und bezeichnete die Haltung der spanischen Kirchenbehörden als korrekt und im Sinn des spanischen Konkordats stehend.

Am 14. Mai erschien ein gemeinsames Manifest der Arbeiterorganisationen der Katholischen Aktion (HOAC und JOC). Sie stellen darin fest, daß sie im Rahmen der ihnen aufgetragenen Mission die Verpflichtung empfinden, „ihre Solidarität mit den Leiden dieser Menschen und ihrer Familien auszudrücken und sich für die Wiederherstellung der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Zusammenlebens in einem Klima des Verständnisses und der Liebe im Einklang mit den Forderungen der Gerechtigkeit einzusetzen“. Das Manifest fordert: gerechte Löhne, Mitbeteiligung an den Unternehmen, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht sowie Aktivität der Regierung zugunsten der Arbeiter-Interessen, der Stabilität der Währung und der Unterstützung der unterentwickelten Gebiete.

Dieses Flugblatt trug den Vermerk „Autorisiert durch die kirchliche Zensur“. Tatsächlich lag nur eine mündliche Gutheißung durch den Kardinalprimas und durch den Madrider Weihbischof vor. Der örtlich zuständige Bischof von Madrid, Dr. Eijo Garay (unter allen Bischöfen der überzeugteste Anhänger Francos), verbot nachträglich das Manifest, was den staatlichen Behörden die Möglichkeit zum Eingreifen gab. Die Präsidenten der HOAC und der JOC wurden zu einer Geldstrafe von je 50 000 Peseten verurteilt. (Wie verlautet, will diese Strafen die Kirche bezahlen, falls die Berufung erfolglos bleibt.) Der an der Abfassung beteiligte geistliche Beirat der HOAC, Ramón Torella (der sich in sehr scharfen Worten gegen das Vorgehen des Madrider Bischofs ausgesprochen hatte), wurde von seinen priesterlichen Funktionen suspendiert und aus der Diözese Madrid ausgewiesen. Erst das Einschreiten des Kardinalprimas (der das zitierte Manifest persönlich

billigte) und des inzwischen in Madrid eingetroffenen neuen Nuntius, Erzbischof Riberi, führte zur Wiedereinsetzung Torellas in seine Funktionen und Rechte.

Unterschiedliches Verhalten der spanischen Bischöfe

Gleichzeitig mit dem Manifest der katholischen Arbeiterorganisationen erschien ein neues Hirten Schreiben des Bischofs von Bilbao. Auch dieser forderte dabei gründliche betriebliche Reformen auf der Basis von Mitbestimmung und Mitbeteiligung. Die mit Riesenschritten voranschreitende Entwicklung mache eine Revision der veralteten Sozialideen erforderlich. „Gewisse soziale Gruppen versuchen unter dem Vorwand, die Arbeiter seien noch nicht fähig, Verantwortung zu übernehmen, nur ihre Privilegien aufrechtzuerhalten. Die Kirche kann diese Auffassung nicht billigen; sie verlangt vielmehr, mit solcher Unvernunft endlich Schluß zu machen.“ Auch der Erzbischof-Koadjutor von Oviedo erließ ein Hirtenwort, das ähnliche Forderungen aussprach.

Zur gleichen Zeit weilte der Erzbischof von Santiago de Compostela, Kardinal Quiroga y Palacios, zu Besuch bei Papst Johannes XXIII. in Rom. Der Heilige Vater soll dabei gesagt haben: „Ich bin sehr in Sorge über die Streiks in Asturien. Diese armen Bergleute haben so niedrige Löhne.“ Die Äußerung wurde noch am gleichen Tag von der spanischen Botschaft chiffriert nach Madrid gekabelt und dort im Ministerrat debattiert.

Nachdem sich am 23. Mai vor dem Bischöflichen Palais in Barcelona mehrere Hundert Streikende versammelt hatten, empfing Erzbischof Dr. Modrego Casás fünf Delegierte, die ihn um Unterstützung in den Lohnforderungen der Streikenden und um seinen persönlichen Beistand baten. Der Erzbischof schritt auch ein, als die Polizei in den Räumen der Katholischen Aktion von Barcelona eine Haussuchung und Beschlagnahmung durchzuführen versuchte.

Nicht alle spanischen Bischöfe reagierten in dieser Weise. Der Bischof von Lérida beispielsweise richtete am 2. Juni ein Schreiben an den spanischen Außenminister, in dem es heißt: „Wenn wir Bischöfe immer aufrichtig mit der Handlungsweise unserer vortrefflichen Regierung verbunden waren (während des Bürgerkriegs und nachher), müssen wir heute mehr denn je unsere Bemühungen dafür einsetzen, um mit christlicher Stärke gegen die teuflischen Machenschaften des Kommunismus und der mit ihm Sympathisierenden Front zu machen. Wir vertrauen darauf, daß Gott, unser Herr, uns wirksam dabei helfen wird, jegliche Intrige gegen das katholische Spanien zu zerstören.“

Antikirchliche Kommentare der Presse . . .

Die Stellungnahme der spanischen Presse zum Leitartikel der „Ecclesia“ ließ eine ganze Woche auf sich warten. Die ausführlichste und schärfste Erwiderung erschien im Organ der Syndikate, der Madrider Abendzeitung „Pueblo“. Sie charakterisierte die kirchliche Äußerung als „bequemes Schiedsrichtern“, das der Wirklichkeit nicht gerecht werde. So seien nicht die internationalen Verwicklungen bedacht, durch die der Streik zu einem Politikum geworden sei. Während die Bemühungen der Syndikate dahin gingen, im Geiste der katholischen Lehre die Zusammenarbeit zwischen den Klassen zu verwirklichen, beharre der Leitartikel auf dem Prinzip des Klassenkampfes und der alten Dialektik aus jenen Zeiten, da es in Spanien noch politische Parteien gegeben habe.

Die Falange-Zeitung „Arriba“ veröffentlichte am 18. Mai

einen Leitartikel „Gib dem Cäsar, was des Cäsars ist“. Darin hieß es: „Die spanische Regierung hat der Kirche immer ihre geistige und materielle Hilfe gewährt, um die christlichen Tugenden blühen zu lassen. Lehre und Aktion der Kirche wurden immer wohlwollend aufgenommen. Aber es ist traurig zu sehen, wie die Kirche nun bewußt oder unbewußt (letzteres wäre noch bedauerlicher) in Angelegenheiten des Sozialen, der Politik und der Regierung interveniert, wo die Zuständigkeit einzig und allein beim Staat liegt.“ Die Haltung der Kirche „behindert nur die Lage“, indem sie „gemeinsame Sache mit denen macht, die von innen und außen die heute die Welt bewegenden Erschütterungen schüren“.

... und General Francos

Die erste Stellungnahme von Generalissimus Franco zu den Streiks erfolgte am 27. Mai bei einem Aufmarsch von Fahnenjunkern bei Madrid. Nachdem er zunächst den spanischen Bürgerkrieg als glorreichen Kreuzzug gewürdigt und Spanien den „stärksten Bannerträger des ganzen Abendlandes“ genannt hatte, fuhr er fort:

„Der Liberalismus ist eine der Hauptpforten, durch die der Kommunismus eindringt. Man verzeiht uns nicht, daß wir in Spanien diese Pforte verschlossen haben, und man arbeitet mit allen Mitteln daran, um andere zu Kampfgenossen bei solchen Einschleusungen zu gewinnen. Unser Wohlstand und unser innerer Friede schmerzt und ärgert sie, und deshalb suchen sie alle nationalen Organisationen für die Infiltration zu gewinnen, auch ihnen geistig so entgegengesetzte wie die Laienorganisationen unserer Kirche“ (die Agenturmeldung fügt hier ein: Eine laute Salve von Applaus, gefolgt von begeisterten Schreien „Franco, Franco, Franco!“), „die vielfach durch ihre Agenten schmarotzerhaft durchsetzt sind. Man versucht, gegen unser Regime mit den Exzessen irgendeines separatistischen baskischen Geistlichen oder den klerikalistischen Irrtümern irgendeines anderen überspannten Priesters herumzufuchteln (esgrimir los excesos...). Innerhalb der großen geistigen Wiedergeburt unseres Vaterlandes repräsentiert dies gar nichts als nur einzelne Begleitumstände dieses Wachstums. Die Kirche merzt sie in ihrer Vervollkommnung selbst aus, und die Bischöfe korrigieren sie, ohne daß dadurch an der Harmonie zwischen den beiden Mächten Kirche und Staat etwas geändert würde, die ihren gemeinsamen Feind sehr genau kennen.

Alles, was in Spanien passiert oder passieren kann, ist eine natürliche Folge unseres Wachstums und unserer Vitalität. Das soziale Klima, das unsere Nationale Bewegung geschaffen hat, wird von unseren Gegnern böseartig ausgeschlachtet, um durch ihre Rundfunksender und Agenten die Arbeitskonflikte anzustacheln... Der Kommunismus unternimmt es, Ungeduld zu säen und Ehrgeiz zu wecken, wie sie in den meisten Fällen im gegenwärtigen Augenblick der Wirtschaft unverträglich sind. Man fordert, systematisch die Löhne zu erhöhen, ohne daß in gleichem Maß die Produktivität gesteigert wird und die Situation der Betriebe es gestattet. Das alles sind Hirnspinne, die unmöglich realisiert werden können... Die spanischen Arbeiter sollen wissen, daß auf sozialem Gebiet niemand noch weiter gehen kann, als der spanische Staat auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit und den Organisationen der Syndikate, der Arbeit und der Betriebe gegangen ist... Wir sind der Entwicklung der Welt um viele Jahre voraus... Ich allein kann euch sagen, daß ich mich so jung fühle wie ihr und daß nach mir durch

den Willen der großen Mehrheit der Spanier alles wohl geregelt und gewährleistet sein wird.“

Diese Angriffe gegen die Kirche blieben sowohl in der innerspanischen kirchlichen Presse wie auch im „Osservatore Romano“ unbeachtet. In einer am nächsten Tag stattfindenden Audienz internationaler Zeitungsleute erklärte Papst Johannes XXIII., daß die Kirche „wie eine umsichtige Familienmutter redet und ermahnt, aber zu gegebener Zeit sich zurückzuhalten und zu schweigen weiß... wofür ein aufmerksamer und feinfühligler Sohn die richtige Erklärung zu finden weiß“ (vgl. ds. Heft, S. 539). Diese Bemerkung wurde in Rom als eine Anspielung auf die Rede Francos gewertet.

Am 20. Juni begann in Madrid der erste Prozeß gegen einen katholischen Priester vor einem Militärgericht. (Die Geistlichen unterstehen im Regelfall ausschließlich der kirchlichen Justiz. Prozesse vor staatlichen Instanzen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der kirchlichen Oberen.) Der im Rang eines Majors stehende Militärkaplan José Bailos, der im Mai während der Streikunruhen in Barcelona verhaftet worden war, wurde wegen „militärischer Rebellion, geheimer Propaganda, Beschimpfung der Person des Staatsoberhauptes und Anstiftung zum Ungehorsam“ zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt; der Vertreter der Anklage hatte 20 Jahre Zuchthaus und die Degradierung beantragt.

Für und wider den Progressismus

Bei der Eröffnung der Mustermesse von Barcelona hielt der spanische Handelsminister Alberto Ullastres am 1. Juni eine Rede, in der er sich ebenfalls mit der Kirche beschäftigte. Ullastres ist prominentes Mitglied des Säkularinstitutes Opus Dei, doch empfängt er von dort keine beruflichen Weisungen und hat sich bisher in seiner Wirtschaftspolitik als Anhänger eines völlig liberalen Marktsystems gezeigt. Wir zitieren aus der Rede Ullastres':

„Aus religiöser Wurzel geht heute durch die Welt eine ideologische Strömung: von edlem Ursprung, auf zweifelhaften Wegen, mit verfehlten Ergebnissen. Wie die Häresie des 19. Jahrhunderts der Liberalismus war, so ist die Häresie des 20. Jahrhunderts zweifellos jene allgemeine soziale Unruhe: der Progressismus.“ Der Minister wandte sich dann gegen die Auswertung der Enzyklika *Mater et magistra* in diesem Sinn. „Zu unserer großen Überraschung konnte die Stimme der Kirche, die Stimme des Papstes, von einigen — glücklicherweise wenigen — Leuten prostituiert und gegen ihren eigenen Geist und ihren eigentlichen Wesenskern mißbraucht werden... Ich glaube nicht — und für meine Person möchte ich das sehr deutlich aussprechen —, daß diese Handhabung so delikater apostolischer Instrumente in nicht weniger delikaten und überaus menschlichen Problemen hingenommen werden kann... Ich Sorge mich auch aus religiösen Gesichtspunkten, denn der Progressismus ist nicht nur ein Feind der Wirtschaft und der Gesellschaft, er ist auch einer der größten Feinde innerhalb der Kirche selbst — ein viel größerer als die Feinde von außen. Deshalb sage ich: Vorsicht vor diesem neuen Feind, der anders als der Kommunismus nicht sofort durchschaut werden kann! Vorsicht vor denen, die unbedacht oder sonstwie immer im Geiste des Progressismus in unsere Welt eindringen, als Verbündete des Kommunismus und der anderen antisozialen und antichristlichen Ismen!“

Die „Ecclesia“ antwortete auf diese Rede mit einem Leit-

artikel am 9. Juni: „Gegenüber dem Progressismus und an seinem entgegengesetzten Pol (wie es immer mit Irrtümern und Häresien geschieht) finden wir den Irrtum der ‚Transzendenz‘, der die Christen unter allen Umständen davon abhalten will, in zeitlichen Dingen aktiv zu werden, und ihnen jede Einmischung in den Dingen der Kultur und der sozialen und politischen Aktion verbietet . . . Obwohl es aufs erste umgekehrt zu sein scheint, ist diese Strömung ein Kind des raffiniertesten Liberalismus, der den Christen in die Sakristei einschließen will. Gegenüber solchen Extremen ist von einem Christentum der Inkarnation in allen Sektoren des menschlichen Lebens gesprochen worden, wo der Geist Christi, ohne seinem Grundgesetz zu entsagen, zum Wohle der Menschen wirksam werden muß. In diesem Licht muß die soziale Tätigkeit der Katholiken verstanden werden, wie sie in der Enzyklika *Mater et magistra* so dringend gefordert wurde. Natürlich sind wir in Spanien nicht von vorneherein gegen den Virus des Progressismus gefeit. Viel öfter jedoch hat man uns die Gefahr der ‚Transzendenz‘ vorzuwerfen: eines rein jenseitigen Glaubens ohne praktische Auswirkungen . . . Es erscheint deshalb nur gerecht, das soziale Bewußtsein nicht aus Furcht vor Progressismus einzuschränken oder es so abzuzirkeln, als ob es sich in Progressismus erschöpfe. Vor allem aber sollte jeder die Rolle übernehmen, die ihm in dieser überaus fruchtbaren Aufgabe zugefallen ist.“

Die spanische Wirtschaftslage

Die Streikwelle begann zu einem Zeitpunkt, da es mit der spanischen Wirtschaft endlich wieder aufwärtsging. Das im Jahr 1959 verkündete Stabilisierungsprogramm mit der Abwertung der Peseta (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 557, und 15. Jhg., S. 76) brachte zunächst sehr einschneidende Einschränkungen für die ganze Wirtschaft und einen Rückgang des Sozialprodukts. Immerhin hörten die ständigen Blutverluste der Währung auf, und die Außenhandelsbilanz wurde wieder aktiv. Die Gold- und Devisenbestände sind seitdem auf nahezu 1 Milliarde Dollar angewachsen. Der Tourismus bringt jährlich nahezu die gleiche Summe. 75% des Außenhandels sind liberalisiert. Die Produktion (vor allem in der Industrie) stieg beträchtlich, und zwar ohne übermäßige Preiserhöhungen. Das Sozialprodukt wuchs im vergangenen Jahr erstmals wieder um 3 bis 4 Prozent. Die Zahl der Personenwagen in Spanien vermehrte sich innerhalb der letzten zehn Jahre von 7000 auf 450 000; einen ähnlich rapiden Aufschwung erlebte das Fernsehen.

1961 strömten 45 Mill. Dollar ausländisches Kapital nach Spanien, und am 17. Mai 1962 sind alle Einschränkungen für ausländische Kapitalanleger gefallen. Der entscheidende neue Schritt war am 9. Februar 1962 das Ansuchen Spaniens an die EWG, „Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine mögliche Bindung des Landes an die EWG in der für die gegenseitigen Interessen angemessensten Weise zu prüfen“. Natürlich ist eine solche Maßnahme nicht von einem Tag zum anderen möglich, und es kommt in jedem Fall nur ein Beitritt als assoziiertes Mitglied in Betracht. Auch dann rechnet man noch mit langer Schonfrist für die erst in der Entwicklung stehende spanische Industrie.

Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften protestierte bereits am 22. Februar in einem Schreiben an den Präsidenten der EWG gegen die Assoziation oder gar Aufnahme Spaniens; da das spanische Regime jeder so-

liden demokratischen Grundlage entbehre, widerspräche es den fundamentalen Prinzipien der Europäischen Gemeinschaft. Der Generalsekretär des IBCG erläuterte später die Haltung seines Verbandes: „Wenn Franco die Menschenrechte vergewaltigt, so trifft uns das mehr, als wenn Chruschtschow oder Tito das tun.“

Das Bündnis von München

Vom 4. bis 8. Juni 1962 trafen sich in München zum Kongreß der Europäischen Bewegung und vorher zu einer zweitägigen internen Tagung 118 Spanier, davon 80 aus dem Land selbst, 38 aus dem Exil. Die beiden Hauptinitiatoren waren der in Oxford lebende Salvador *de Madariaga*, Präsident des spanischen Rates der Europäischen Bewegung und der Europäischen Kulturkommission, und der christlich-soziale Exminister José Maria *Gil Robles* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 107). Die Münchener Teilnehmer gehörten sieben politischen Gruppen an, reichend von der Sozialistischen Arbeiterpartei im Exil unter Rodolfo Llopió bis zu den rechtsstehenden Monarchisten. Von den a. a. O. genannten Oppositionellen waren vertreten Satrustegui und Dionisio Ridruejo, weiter der prominente Katholik Dr. Alfonso Prieto, der wegen eines francofeindlichen Leitartikels in der damals von ihm geleiteten Zeitschrift „Signo“ schon vor Jahren einmal vor Gericht stand (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 11) und gegenwärtig Privatdozent für Kirchenrecht und Leiter der Jugendverbände der Katholischen Aktion ist.

In ausführlichen Debatten einigten sich diese Oppositionellen auf ein gemeinsames demokratisches Programm, wobei als Hauptereignis der Handschlag zwischen Gil Robles und Llopió gewertet wurde — zweier Politiker, die seit 25 Jahren im Kampfe gegeneinander und im Bürgerkrieg auf zwei verschiedenen Fronten gestanden waren.

In einer Ansprache feierte Professor Madariaga am 8. Juni das Münchener Ereignis als Beendigung des spanischen Bürgerkriegs. 118 Spanier aus dem Exil und aus dem Heimatland hätten sich versammelt, um ihre europäische Haltung zu betonen, um nach einem Weg zu suchen, der die einen zurück in ihr Land, und alle zusammen in die Freiheit führe. Er verlas dann die gemeinsame Entschlie- ßung (nach einem Entwurf von Gil Robles), die zugleich als Vorbedingung für einen Anschluß Spaniens an die EWG formuliert war:

1. „Die Einsetzung wirklich repräsentativer und demokratischer Institutionen, die es gewährleisten, daß sich die Regierung auf die Zustimmung der Regierten stützen kann“;
2. „die Garantie der Menschenrechte, besonders der persönlichen Freiheit und der Meinungsfreiheit unter Ausschaltung der Regierungszensur“; . . .
4. Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht;
5. Vereinigungsfreiheit, Zulassung politischer Parteien und Schutz der Opposition.

Anschließend sprach Gil Robles, mit dem gleichen Tenor: „Spanien braucht Europa, wie Europa Spanien braucht.“ Er erklärte später in einem Interview: „Tatsächlich hat es weder Pakte noch Umarmungen gegeben. Aber anderseits erzielten wir Übereinkunft unserer Standpunkte über die Notwendigkeit einer politischen Evolution nach den Regeln der Vernunft, nach einem von den Umständen diktierten Rhythmus und unter Verurteilung jeglicher Gewalt zu jeglichem Zeitpunkt . . .“

Scharfe Gegenmaßnahmen in Madrid

Nachdem die Ereignisse von München durch einen Korrespondentenbericht von „France-Soir“ bekannt geworden waren, fand in Madrid eine Sitzung des Ministerrates statt, die ununterbrochen zwölf Stunden andauerte. Als ihr Ergebnis wurde ein Regierungsdekret veröffentlicht, das den Artikel 14 des spanischen Grundgesetzes („Die Spanier können innerhalb des Staatsgebietes frei ihren Wohnsitz bestimmen“) für zwei Jahre außer Kraft setzt. Als die ersten Teilnehmer mit dem Flugzeug aus München zurückkamen, wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und vor die Alternative gestellt, entweder ins Exil zu gehen oder sich mit einem Zwangsaufenthalt auf der kleinen Insel Fuerteventura abzufinden. Es entschieden sich schließlich sechs Personen (unter ihnen Gil Robles und ein ehemaliger Falange-Journalist) für das Exil, während neun (nach anderen Quellen zwölf, unter ihnen Satrustegui und Prieto) auf die Kanarischen Inseln verschifft wurden. Einige waren von vornherein im Ausland geblieben; einige ließ man frei an ihren Wohnort zurückreisen, während das Schicksal anderer unbekannt geblieben ist. Auch Professor Jiménez Fernández, Führer der linken Christdemokraten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 107), wurde verhaftet und nach Fuerteventura verbannt, obwohl er an der Münchener Zusammenkunft nicht teilgenommen hatte.

Die Maßnahme der spanischen Regierung wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel, um so mehr als die Münchener Zusammenkunft seit mehr als einem Jahr vorbereitet und beraten worden war und Gil Robles seine Pläne und die von ihm vorbereitete Entschließung vorher General Franco zugeleitet hatte. — „Eine bessere Demonstration vor der Weltöffentlichkeit für die ‚totalitäre Willkür‘ des angefeindeten Regimes hätten sich die Ankläger gar nicht wünschen können . . . Exilregierung, Zwangsaufenthalt und Aufhebung der Niederlassungsfreiheit verbarrikadieren den Weg der Liberalisierung, den das Franco-Regime in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung in den letzten Jahren eingeschlagen hat“ (Rheinischer Merkur, 22. 6. 62). „Die heftigen Reaktionen auf München scheinen unmotiviert, wenn man sie nicht als ersten Ausdruck des Machtkampfes um die Nachfolgerschaft betrachtet. Gefährlich sind sie, weil sie die innerspanische Verfassung beeinträchtigen, Mißtrauen säen und den notwendigen europäischen Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung an das übrige Europa stören und verlangsamen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 6. 62). Nach Korrespondentenberichten aus Brüssel fühlte man sich in Kreisen der EWG-Kommission „zutiefst schockiert“.

Polemiken und Dementis

Eine Meldung über die Münchener Ereignisse verbreitete die staatliche Agentur Efe unter dem Titel „Das schändliche Abkommen des Verrats“. Es ist darin von jenen „feilschenden“ Spaniern die Rede, die sich „heiser schrien, um zu zeigen, daß Spanien zutiefst antieuropäisch ist und daß der Gemeinsame Markt ihm die Türe vor der Nase zuschlagen müßte“. In einem Leitartikel des Madrider „ABC“ (10. 6. 62), der überschrieben war „Die Komödie der Verwirrung“, stand zu lesen: „Was haben diese Leute mit der spanischen Wirklichkeit und mit den Problemen der Spanier zu tun? Republikaner, die schon der Republik dienten, demokratische Fieber-

krankte alten Stils, alte Diktaturanhänger, die sich einst von Hitler mästen ließen, und wurmstichige beleidigte Doktrinäre und Soziologen, ewige Feinde Spaniens: Was haben diese Krüppel und Jünglinge mit dem Spanien von heute zu tun und wen — vor allem — vertreten sie?“

Die HOAC erklärte in einer Verlautbarung, sie habe nach München keinerlei Delegierte entsandt. Das gleiche tat der Kronrat des Prätendenten Juan von Bourbon; dieser ließ folgende Erklärung herausgeben: „Der Graf von Barcelona hatte keinerlei Kenntnis von der Münchener Konferenz . . . Es ist klar, daß kein Konferenzteilnehmer die Person oder die Ideen des Grafen vertreten hat. Jedes Mitglied seines privaten Kabinetts, das an den Münchener Besprechungen teilnahm, hat deshalb seine Ansprüche auf seinen Platz in diesem Gremium verwirkt.“ Diese Erklärung richtete sich in erster Linie gegen Gil Robles, der Mitglied des Kronrats ist. — „Don Juan hat in Spanien an Sympathien verloren, bevor er überhaupt Gelegenheit bekam, die Hoffnungen seiner Anhänger zu erfüllen und die Erwartungen jener, die durch Vermittlung der Monarchie zur spanischen Demokratie zu gelangen hoffen“ (Neue Zürcher Zeitung, 26. 6. 62).

General Franco hielt am 17. Juni bei der Einweihung eines großen Krankenhauses in Valencia wiederum eine Ansprache, in der er gegen die „Fiktion der politischen Parteien“, gegen die westlichen Demokratien und die Weltpresse polemisierte. „Dem stellen wir unsere organische Demokratie entgegen, in der die Repräsentation auf dem Weg über die Familie, die Gemeinde und das Syndikat zustande kommt, in denen der Mensch lebt und sich entfaltet und in der die Gewählten mit denen verbunden bleiben, die sie entsandt haben, und nicht deren wirkliche und legitime Interessen verraten können . . . Es mag dem Ausland gefallen oder nicht, aber was wir in Spanien haben, ist in seinem Wesen und seiner Praxis unvergleichlich demokratischer als andere Systeme, die es in der Welt gibt. Wenn wir die Ergebnisse betrachten, wer kann den Erfolg leugnen? 23 Jahre ununterbrochenen Friedens, wirtschaftlichen Fortschritts und die Stärke, die von außen gegen uns geführten Angriffe abzuwehren, sind eine große Sache . . . Unser Wille für Europa ist aber in jedem Fall stark und ehrlich; wir fühlen uns als Europäer, aber wir werden keinesfalls unser inneres Heil und unseren inneren Frieden aufs Spiel setzen, um dem Ausland zu gefallen.“

Anfang Juli kam eine Delegation der Europäischen Bewegung unter Leitung des ehemaligen belgischen Außenministers Pierre Wigny nach Madrid. General Franco und Außenminister Castiella erklärten dabei, daß sie sich der demokratischen Verpflichtungen, die die europäische Bewegung mit sich brächte, bewußt seien; über ein gemeinsames Kommuniqué und über die Straffreiheit für die Teilnehmer am Münchener Kongreß konnte man sich jedoch nicht einigen.

Weltweite Reaktionen

Die spanische Streikwelle und die Gegenmaßnahmen der Regierung haben in der Weltöffentlichkeit zu Reaktionen geführt, wie sie seit den Kriegszeiten nicht mehr stattfanden. In der Woche zwischen dem 10. und 17. Mai wurden u. a. folgende Maßnahmen verzeichnet: Feuerschüsse gegen das spanische Kulturinstitut in Buenos Aires — Brandstiftungsversuche in der Botschaft in Kopenhagen und im Generalkonsulat in Göteborg — Bombenattentat in der Botschaft in Athen — Demon-

strationen in Paris, Genf, Mailand, Neapel, Rom, Kopenhagen, Göteborg, New York. In den Häfen von Genua und Triest boykottierten die Dockarbeiter die spanischen Schiffe. Die Gewerkschaft der schottischen Grubenarbeiter forderte ihre Mitglieder auf, nicht zu Ferien nach Spanien zu reisen. Ungefähr alle westlichen Gewerkschaftsverbände halfen durch Spenden, die Streikenden zu unterstützen. Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften (der, wie schon erwähnt, bereits am 22. Februar gegen die Assoziation oder Aufnahme Spaniens in die EWG protestiert hatte) und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften reichten beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine dringende Feststellungsklage „wegen des Anschlags auf die gewerkschaftlichen Rechte in Spanien“ ein und forderten eine internationale Untersuchungskommission. Solidaritätserklärungen erschienen von der Internationalen Christlichen Arbeiterjugend und von den katholischen Arbeiterverbänden und den Gewerkschaften vieler Länder.

Im niederländischen Parlament sprachen sich nahezu alle Parteien gegen die Aufnahme Spaniens in die EWG aus. Ein gleicher Einspruch kam von der Liberalen Weltunion.

Europa ist Spaniens Chance

Es ist freilich in diesem Zusammenhang an einen Kommentar der Katholischen Nachrichtenagentur vom 24. März 1962 zu erinnern, in dem es hieß: „Man fragt sich, ob die Abneigung gegen das derzeitige undemokratische Spanien so weit gehen darf, daß man nun in völliger Blindheit sich dazu hergibt, dem spanischen Volk die ungeheure Chance zu verbauen, in gesunde europäische politische Verhältnisse hineinzuwachsen und endlich zu einer politischen Normalität zu gelangen. Sosehr man die Motive des Einspruchs versteht, so erwartet man doch wenigstens vom christlich orientierten Ausland Verständnis dafür, daß nach der Lage der Dinge allein die Aufnahme Spaniens in die wirtschaftlich-politischen Zusammenschlüsse das Land an die Stelle bringen wird, wo man es gern sehen möchte, daß man also die Demokratisierung nicht erreicht, wenn man sein Aufnahmegesuch ablehnt, sondern im Gegenteil dadurch die politischen Zustände noch verewigt.“ Ähnlich heißt es in der „Welt“ (27. 6. 62): „Ein sich selbst überlassenes, isoliertes Spanien würde nur neuen Zündstoff in sich häufen, einen Zündstoff, der irgendwann, spätestens aber bei der Regierungsübergabe an Francos Nachfolger, zu einer großen Gefahr nicht nur für Spanien, sondern für ganz Europa werden könnte.“ Oder an anderer Stelle (21. 7. 62): „Der Gefahr, daß Franco sein Volk auf dem Weg nach Europa aufhält, steht die andere Gefahr gegenüber, daß Europa dieses stolze Volk enttäuscht.“

Der „Rheinische Merkur“ (20. 7. 62) gibt die Stimme eines ungenannten Gesprächspartners, Mitbegründer der Europäischen Bewegung in Spanien, wieder: „Das Schlimmste, was uns passieren könnte, das wäre, daß diese Idioten bei euch uns die europäische Tür vor der Nase zuschlagen, weil sie etwas gegen unser Regime haben. Damit würden sie den Europäern und den Demokraten in Spanien den schlechtesten Dienst erweisen und Franco nur in seinem Glauben bestärken, daß Spanien eine Sache für sich ist und bleiben muß. Wer haben will, daß Spanien den Weg in eine demokratische Zukunft geht, muß eine möglichst rasche Einbeziehung in die europäische Gemeinschaft betreiben.“

„Es steht zu hoffen, daß sich nun auch in Spanien eine starke christliche Partei der Mitte bildet, die in der Lage

ist, den radikalen Kräften von rechts und links Halt zu gebieten, durch die schon so oft der spanische Staat an den Rand des Abgrunds gebracht wurde... Wir können den spanischen Katholiken nur wünschen, daß ihnen dieser Weg in die Freiheit gelinge, ohne daß eine neue Anarchie über Land und Volk hereinbreche“ (Weihbischof Kampe im „Sonntag“, 29. 7. 62).

Francos neues Kabinett

Am 10. Juni 1962 hat General Franco seine Regierung umgebildet und von seinen 18 Mitgliedern sieben (davon drei Militärs) ausgewechselt. Der bedeutsamste Schritt war die Ernennung eines „Vizepräsidenten der Regierung“, der im Falle einer ernsthaften Erkrankung oder des Todes Francos automatisch dessen Regierungsvollmachten zu übernehmen hätte. Vizepräsident wurde der 66jährige Generalstabschef Augustín Muñoz Grandes. „Der General, der seine Lorbeeren im Bürgerkrieg und als Kommandeur der Blauen Division an der deutschen Ostfront erworben hat, ist einer der wenigen spanischen Militärs, die einen wirklich offenen Sinn für die Vorgänge in der Welt haben; Muñoz Grandes ist kein Stürmer, aber am allerwenigsten ein Reaktionär. Er ist für die spanischen Verhältnisse wohl der beste Mann, dem Franco auch das Geschick zur Führung eines kürzeren oder längeren Übergangsregimes zutrauen kann“ (Badische Zeitung, 13. 7. 62).

Bei den Ministerwechseln sind als bedeutsam anzumerken: 1. die Ersetzung des „Anti-Informationsministers“ Arías Salgado (der sechzehn Tage nach seiner Entlassung starb) durch den 40jährigen Professor Manuel Fraga Iribarne, Staatsrechtler, Leiter des Instituts für Politische Studien und politischer Schriftsteller von hohem Format; 2. der Austausch des autark-isolationistisch gesinnten Industrieministers Planell durch den 39jährigen Diplomingenieur Gregorio López Bravo, einen der engsten und fähigsten Mitarbeiter von Handelsminister Ullastres. Zum erstenmal seit 26 Jahren veröffentlichte das neue Kabinett ein Regierungsprogramm; es ist sehr stark wirtschaftlich und sehr stark europäisch bestimmt: Bereitschaft zur aktiveren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit den Ländern Westeuropas, weitere Bemühungen um wirtschaftlichen Aufschwung. Ferner versichert die Regierung, daß sie im Sinn der päpstlichen Enzyklika *Mater et magistra* dem sozialen Fortschritt gebührende Beachtung schenken und die soziale Gesetzgebung vervollkommen will. Auch die Hoffnung auf eine liberalere Pressepolitik wird durch die Regierungserklärung ebenso genährt wie durch einige jüngste Maßnahmen des Informationsministers und manche neuen Züge in den spanischen Zeitungen.

„General Franco hat den Machtkampf, der durch die Ereignisse von München ausgelöst wurde, nach einem kurzen, aber erbitterten Tauziehen von wenigen Wochen durch Regierungsumbildung zugunsten der Anhänger der europäischen Integration Spaniens entschieden. Die kurze Zwischenphase des Rückfalls in die Politik der starken Hand dürfte damit beendet sein“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 7. 62).

Katholische Aktion als Stein des Anstoßes

Nach der Berufung Erzbischof Antoniutti zum Kardinal wurde Erzbischof Antonio Riberi (bisher Nuntius in Irland) zum neuen Nuntius in Spanien ernannt. Während er zunächst in der Presse bereits als „Freund Spaniens“

gefeiert wurde, änderte sich die Atmosphäre schlagartig, noch bevor er in Madrid ankam. Der neue Nuntius hielt am Vorabend seines Abflugs über Radio Vatikan eine Ansprache in spanischer Sprache, in der er seine freudige Verbundenheit mit Spanien zum Ausdruck brachte. Er grüßte das spanische Volk, den spanischen Klerus und „ganz besonders die Katholische Aktion in allen ihren Zweigen“, dagegen nicht eigens den spanischen Staatschef. Das offizielle Madrid reagierte darauf sehr scharf: Die falangistische Presse übergang seine Ankunft mit Stillschweigen, und bei seinem Antrittsbesuch im Außenministerium wurde er nicht vom Minister, sondern nur vom Protokollchef empfangen. Bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens am 14. Juni brach der Nuntius mit einem alten und für unantastbar gehaltenen Brauch: Er fuhr nicht in der von farbenprächtigen Reitern begleiteten Karosse zum Palacio de Oriente, sondern im Auto und ließ sich von Motorrädern der Polizei begleiten. Seine erste Amtshandlung war schon am Tag darauf der Empfang der Nationalleitung der Katholischen Aktion Spaniens, die er in einer lobenden Ansprache als „Vorbild der Katholischen Aktion überhaupt“ rühmte. „Ich hoffe, in etwa dazu beitragen zu können, und wenn es auch wenig ist, so können Sie doch immer auf meine begeisterte Mitarbeit zählen, mit der ich Ihnen zur Verfügung stehen werde.“

Zum gleichen Thema hielt der Kardinalprimas Anfang Juli eine Ansprache auf der Tagung der Katholischen Aktion der Männer: „Die Kirche besteht nicht allein aus der Hierarchie . . . Die Kirche hatte und brauchte je und immer das Laienapostolat . . . Das Apostolat ist das Höchste, es ist das vollkommenste Leben . . . Das Apostolat muß immer im eigenen Milieu geleistet werden . . . Das beste Apostolat unter den Arbeitern muß von den Arbeitern selbst kommen . . . Gewiß sagt *Mater et magistra* einiges Neues. Deshalb haben einige Leute Angst und bestehen sehr darauf, daß kein Mißbrauch getrieben wird. Mißbrauchen: nein, aber ganz verstehen: ja, und ganz verwirklichen: ebenfalls ja. Das sollte doch von allen gewünscht werden . . . *Mater et magistra* erläutert genauer als zuvor das gerechte Konzept des Unternehmens, in dem heute so viele Menschen leben. Im Gesamtverband des Unternehmens zählt nicht allein das Kapital, nicht allein die Technik, sondern auch der Arbeiter, um dessen Förderung man sich zu kümmern hat . . . Die Spezialisierungen der Katholischen Aktion bilden deren wirkungsvollste Aktivität . . . Die Katholische Aktion ist nicht an den Kirchenraum gebunden; sie besteht vielmehr für das Apostolat außerhalb des Gotteshauses, wobei natürlich eher einmal Zweifel darüber aufkommen können, wo seine Aktionsgrenzen liegen . . . Für die persönliche Handlungsweise läßt die Katholische Aktion jegliche Freiheit, aber sie erzieht ihre Mitglieder gut für ihre Pflichten als Bürger, als Wähler und als Regierende . . .

Ohne sich ausdrücklich um das materielle Wohl zu kümmern (was Sache des Staates und nicht apostolischer Organisationen ist), trägt die Katholische Aktion doch zum Nutzen des Staates, zum Nutzen des Gemeinwohls bei, so als ob sie dafür gegründet wäre.“

Am 12. Juli veröffentlichte der Erzbischof von Valencia, Dr. Marcelino Olaechea Loizaga SDB, einen Hirtenbrief über die Beziehungen von Kirche und Staat, in dem er deutlich zwischen den heutigen Fronten in Spanien vermitteln möchte. Er betont die Eigenständigkeit der Kirche sowohl gegenüber dem Staat wie auch die Eigenständigkeit der Bischöfe untereinander, so daß Beschlüsse der Metropolitankonferenz oder der Nationalleitung der Katholischen Aktion nur durch Zustimmung des Ortsbischofs in einer Diözese wirksam werden können. Kirche und Staat sollten nicht nur gegenseitig ihre Kompetenzen nicht verletzen, sondern in Eintracht zusammenwirken. Die spanische Kirche sei den Regimes und Regierungen dankbar, die ihrer göttlichen Mission nicht im Wege stehen. Der Hirtenbrief schließt mit dem täglichen Gebet aus dem spanischen Meßformular: „Befreie, Herr, Deinen Diener, den Caudillo Francisco, von allen Widerwärtigkeiten und gib Frieden und Wohlstand in unserer Zeit.“

Die Jahreskonferenz der spanischen Metropoliten wurde in diesem Jahr auf Mitte Juli vorverlegt. Als eines der Ergebnisse der Zusammenkunft wurde am 15. Juli, dem Jahrestag von *Mater et magistra*, ein neues gemeinsames Hirtenschreiben zur sozialen Lage herausgegeben (vgl. zum letzten Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 301). Der Episkopat wiederholt nochmals in aller Deutlichkeit seine Forderungen: die Würde des Arbeiters zu respektieren, gerechten Lohn zu bezahlen, für ein gutes Betriebsklima zu sorgen und stufenweise den Arbeitern Mitbestimmung im Unternehmen zu gewähren. Vom Staat fordert er die Einhaltung der christlichen Sozialgesetze, vor allem durch die Förderung der unterentwickelten Agrargebiete, die Bekämpfung ungerechter Monopole, eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts und eine Lösung der Wanderungsprobleme. Die Kardinäle und Erzbischöfe rufen die Priester, Erzieher, Unternehmer und Arbeiter zu einer „Mobilmachung aller Kräfte“ auf.

General Franco antwortete auf diesen Hirtenbrief in einer dritten Ansprache am 17. Juli; er wies auf die beispielhafte Verwirklichung der päpstlichen Soziallehre in Spanien hin und behauptete, *Mater et magistra* werde in ihren Richtlinien in Spanien schon seit zwanzig Jahren realisiert.

Die längst fällige Umbesetzung der Führungsämter der Katholischen Aktion wurde durch den Kardinalprimas auf unbestimmte Zeit verschoben, um in der gegenwärtigen Lage nicht durch Abberufungen zu falschen Deutungen Anlaß zu geben.

An einen Nationalkongreß der spanischen JOC (Mitte Juli in Valencia) richtete der Papst durch Kardinalstaatssekretär Cicognani ein Grußtelegramm: „ . . . gewährt huldvoll Apostolischen Segen, vorzüglich danksagend dafür, daß wirksam vereint im edlen Bemühen um solide Formung in christlicher Lehre und sozialem Geist.“

Nachdem ein spanischer Jesuit am 27. Mai in einer Rundfunkpredigt aktuelle Sozialprobleme behandelt hatte, darf der spanische Staatsrundfunk auf Anweisung der Regierung bis auf weiteres keine Messen mit Predigten mehr übertragen.